

Roter Feuerkranz

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugssatz monatl. drei Hefte 2,50 RM. (halbjährlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr); Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Altstadt; Geschäftsführer u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft; Schriftleitung: Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Am Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeitsblätterdruckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Einzelheft: Die neuromal gehaltene Röntgenaufnahme oder deren Raum 0,35 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Zeitungszettel angeschließend an den dreipoligen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vor mittags in der Redaktion Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugssatzes

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 28. August 1928

Nummer 201

Die KPD gegen Einberufung des Reichstags

Der Kellogg-Pakt unterzeichnet

Paris, 27. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Heute 14,15 Uhr begann der feierliche Akt der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes, die unter großem Rummel vor sich ging. Vor der Unterzeichnung des Vertrags hielt Bräuer eine längere Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man sich besonders glücklich preisen könne, daß Deutschland durch seinen Vertreter Gustav Stresemann den "Politik des Friedens" huldigte. Nach der Verlesung des Kellogg-Paktes wurde die Urkunde von dem Minister Houquides ausgehängt, das Tintenfass geöffnet und die goldene Feder dem Futteral entnommen. Auf die Einladung Bräuers hin begab sich Reichsminister Gustav Stresemann als erster zur Unterzeichnung. Ihm folgten in alphabetischer Reihenfolge die Bevollmächtigten der anderen Staaten.

Die bürgerliche Presse meldet, daß die in Paris versammelten Vertreter der imperialistischen Raubstaaten Herrn Gustav Stresemanns Unterzeichnung des Kellogg-Paktes mit leichten Beifall quittiert haben. Die Freude der Imperialisten für die Beteiligung Deutschlands an dem "Kriegsächtungspakt", der in der Praxis nichts anderes darstellt als die Verschleierung der Kriegspläne der Imperialisten gegen die Sowjetunion, kennzeichnet den Charakter dieser "Kriegsächtungskomödie", mit der die Arbeitermassen getäuscht werden sollen. Deutschland hat sich mit dem Beitritt und der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes durch den von der SPD gefeierten Außenminister des neu-deutschen Imperialismus dieser neuen sowjetfeindlichen Aktion offen angeschlossen.

Was es mit der "Kriegsächtung" des Kellogg-Paktes auf sich hat, kann die deutsche Arbeiterschaft am besten an dem Komödienpiel der Imperialisten auf der Abstürzungskonferenz in Genf erkennen. Gen. Lüttichow hat in der gestern von uns veröffentlichten Note an den Vorsitzenden der Abstürzungskommission den Deuchlern der "Kriegsächtung" die Maske vom Gesicht gerissen. Einen weiteren Beitrag für den "Wert" des Kriegsächtungspaktes gibt Associated Press in einer im Anschluß an die Paktunterzeichnung herausgegebenen Uebersicht über die europäischen Rüstungen.

Associated Press schreibt:

"Der Schwere des Kellogg-Paktes findet Westeuropa stärker bewaffnet als 1918. Mehr als 3 Millionen befinden sich im Militärdienst, viele Hunderttausende sind für Übungen einberufen. Große Mobilisierungen machen in Europa Fortschritte und Kriegsmänter stehen vor der Tür. Die Mächte haben mit ihrer Artillerie, ihrem Munitionsvorrat, chemischen Hilfsmitteln, ihren Werkstätten zur Gasherstellung, Rüstzeugen und Tancs eine riesige Macht, die ganz unverhältnismäßig größer ist als 1918."

In der Tat! Wenn du den Frieden willst — dann bereite den Krieg vor. Das ist der Sinn der Kriegsächtungskomödie.

Die Arbeitermassen dürfen sich dieser Illusion der "Festigung des Krieges" nicht hingeben. Nur die Arbeitersklasse aller Länder unter der revolutionären Führung der Kommunisten ist die einzige Garantie für den Frieden. Nur unter der Herrschaft der Arbeitersklasse in allen Ländern wird dem imperialistischen Massenmorden ein Ende bereitet sein.

London, 28. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Die Abendzeitungen finden den Vorschlag einiger französischer Zeitungen, den Tag der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zu einem internationalen Feiertag zu erklären, nur belustigend. Man möchte erst die Wirkung abwarten. Wenn man den Gründungstag des Völkerbundes und der Unterzeichnung der Locarno-Verträge feiern würde, dächte man sich schon heute recht dummkopfig.

Der Pakt im Spiegel der bürgerlichen Presse

Paris, 28. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Der Temps schreibt zur Paktunterzeichnung: "Niemand hält sich ein, daß einige Unterschriften, selbst wenn sie im Rahmen der ersten Währung der Welt gegeben würden, ausreichen, um die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Gewalt endgültig zu verhindern." Das Blatt warnt davor, die Unterzeichnung des Paktes mit dem Abstürzungsproblem in Verbindung zu bringen.

Kommunistenverhaftungen in Paris

TU. Paris. Die Kommunistische Partei suchte am Sonntag durch Ankleben von Maueranschlägen und Verteilen von Aufrufen gegen den Kellogg-Pakt zu demonstrieren. Einige während der Nacht angebrachte Anschläge wurden entfernt und etwa 50 Verteiler von Flugblättern verhaftet.

Der Panzerfreuzer siegt

Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht)

Auf Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion vom 18. August trat am Montag den 27. August der Wehrkabinettsrat des Reichstages zusammen. Er sollte Stellung nehmen zu dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zu dem Beschuß des Reichskabinetts vom 9. August auf Inangriffnahme des Baues des Panzerkreuzers A. Genosse Höhlein begründete den kommunistischen Antrag. Er wies insbesondere auf die große politische Bedeutung dieses Antrages und die ungeheure Empörung hin, die in den breitesten Schichten des arbeitenden Volkes über den Beschuß des Reichskabinetts herrte. Im weiteren machte er den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß die Überweichung des kommunistischen Antrages Nr. 53, der die Streichung der 1. Panzerkreuzerbauate von 9,3 Millionen Mark und die Verwendung dieses Betrages für Kinderschulspende fordert, an den Haushaltshaushalt nur zu dem Zweck erfolgt sei, um den Bau des Panzerkreuzers zugunsten der Bourgeoisie sicherzustellen.

Keine der Parteien nahm zudem kommunistischen Antrag auch nur das Wort. Lediglich der deutschnationalen Abg. v. Lindeiner-Wildau hielt es für nötig, zu erklären, daß die ablehnende Haltung der Parteien gegenüber dem kommunistischen Antrag nicht etwa auf Herrenlust oder parlamentarische Faulheit zurückzuführen sei, sondern lediglich darauf, daß die Parteien durch den Beschuß ihren Willen zum Ausdruck gebracht hätten und keine Veranlassung seien, ihren damaligen Beschuß zu revidieren. Auch gegenüber dieser provokatorischen Erklärung des deutschnationalen Fraktionsführers hatten die Sozialdemokraten kein Wort der Erwiderung. Sie gaben also damit zu, daß sie die Frage des Panzerkreuzers

nach dem Beschuß des Kabinetts im Sinne der Bourgeoisie für erledigt betrachten.

Von den Sozialdemokraten waren anwesend der Abgeordnete Henke, Bremen, und der Reichsbannerführer Stelling.

Der Reichstagspräsident Doebe konstatierte, ohne eine formelle Abstimmung vorzunehmen, daß außer den Kommunisten sich keine Partei für die vorzeitige Zusammenberufung des Reichstags einsetze. Damit ist erneut zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie auf die Massenempörung in ihren eigenen Reihen pfeift und gewillt ist, die Rüstungspolitik des Imperialismus offen und eindeutig weiterzuführen.

Der Panzerkreuzer ist der Kurs der gesamten KPD. Das geht aus der Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Reichstagssaal zur Genüge her. Nachdem am Sonntag der Böhmewärts schon ziemlich klar und deutlich Stellung für den Kurs genommen, hat nun die Vertretung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dieselbe Linie getreten. Was sagen die "linken" Schreiter zu diesem Verhalten ihrer Fraktionsvertreter? Noch bis gestern forderten überall die Arbeiter die sofortige Einberufung des Reichstags, um zu dem Beschuß Stellung zu nehmen. Noch bis gestern erzählten die "linken" Führer den Arbeitern, die Reichstagsfraktion werde auf keinen Fall dem Bau des Panzerkreuzers beitreten. Nun sind die Würfel schon gefallen. Die Fraktionsvertreter haben sich entschieden, sie haben sich hinter den Panzerkreuzerbaubeschuß ihrer Minister gestellt. Wir hatten nichts anderes erwartet, wir wußten, daß die Fraktion ja entscheiden werde. Es mag aber sein, daß eine Menge Arbeitnehmer noch Illusionen hatten, daß sie noch glaubten, die Fraktion werde anders entscheiden. Dies gesetzte Verhalten der Fraktionsvertreter zeigt, daß die gesamte KPD den Panzerkreuzerbau heuer. Der Käffchen ist damit schon ihre Stellung vorgeschrieben. Die Fraktionsvertreter und der Parteivorsitz nach Einberufung des Reichstags wählen gar nichts. Die Panzerkreuzerpolitik wird weiter weitergeführt.

Sozialdemokratische Arbeiter, hier steht ihr ganz klar, wohin der Weg geht. Wollt ihr diesen Weg mitnehmen? Nein. Dann macht Schluss mit der SPD! Trete ein in die Partei des Klassenkampfes, die KPD! Unterstützt den Volksfront!

Der Kampf beginnt!

Vollsentscheid-Ausschüsse in Berlin, Düsseldorf und Dresden gebildet
Kuzinjki und Lebedow im Berliner Ausschuß

Berlin, 28. August. (Eig. Drahtmeldung)

In den Räumen der Liga für Menschenrechte trat gestern abend eine von der Kommunistischen Partei einberufene Konferenz von 30 Organisationen zusammen, die die Frage des Vollsentscheids gegen den Panzerkreuzer besprach. Vertreten waren u. a. folgende Organisationen: Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Menschenrechte, Zentralverband blinder Männer und Frauen, Reichsbund deutscher demokratischer Jugend, Deutscher Reichsbauern-Bund, Internationales Sozialistischer Kampfbund, Sozialistischer Bund, Gruppe revolutionärer Katholiken, Internationale Arbeiterschule, Künstlerkomitee des Antifaschistischen Frontkämpfers, Christlich-Sozialistische Reichspartei, Zimmerverband Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, Bund eingeschieder Schulreformer, Arbeiter-Schulen-Bund Berlin, Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Reichschaubühnenverband der Entrechteten, Verband der Mietern und Wohnungssuchenden Deutschlands, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und des Kriegsflümmverband usw.

Die einleitenden Worte sprach Genosse Münnichberg, der kurz den Schritt der Kommunistischen Partei begrüßte und den von der KPD vorgelegten Entschließungsantrag vorlegte. Der Antrag enthielt nur einen einzigen Artikel: "Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten." Nach Münnichberg sprach Hellmut von Gerlach, der ausführlich seinen Standpunkt erläuterte. Er machte einen Wänderungsverschlag, erklärte jedoch am Schlus, daß alle Verteilten, auch wenn der Antrag so wie er jetzt vorliegt, eingestimmt wären, den Vollsentscheid unterstützen müßten. Für die Liga gab Dr. Kuzinjki die Erklärung ab, daß die Liga den Schritt der KPD begrüßt und im übrigen vorschlägt, daß man noch über die Formulierung berate, daß die Liga jedoch unbeschadet der Formel den Vollsentscheid unterstützen werde. Das gleiche sagten die Vertreter des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Christlich-Sozialistischen Reichspartei und des Zentralverbandes blinder Männer und Frauen. Einen besonders eindringlichen Appell richtete der Vertreter des Reichsbauernbundes an die Konferenz, den Vollsentscheid unter allen Umständen durchzuführen. Die Sitzung endete in später Nach-

hunde mit der Gründung eines Vorberatenden Komitees zur Durchführung des Vollsentscheids. Dem Komitee gehören an: Kuzinjki, Lebedow, Raimann, Bruno Goll, Piel, Münnichberg. Der 7. Platz ist für Kuzinjki reserviert, dessen Eintritt von der Entscheidung des Friedenskäffchens abhängt, das heute eine Sitzung abhält.

Auch in Dresden handelte gestern eine Sitzung einer größeren Anzahl Organisationsvertreter proletarischer Organisationen statt, die sich mit der Bildung des Komitees beschäftigten. Das Komitee erläutert einen Aufruf an alle Werkstätten, den Vollsentscheid zu unterstützen.

Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es nun, die Arbeit aufzunehmen. In allen Betrieben müssen sich Vollsentscheid-Ausschüsse bilden. Die gesamten Betriebschaften der Betriebe müssen mobilisiert werden. Alle Mann sind zur Arbeit heranzuziehen. Eine riesige Massenbewegung ist gegen die neuen Kriegsrüstungen zu entfachen. Unsere Genossen müssen insbesondere alle Kräfte anwenden, um eine gewaltige Bewegung zu entfachen. Spart keine Kräfte, alle Mann an die Arbeit.

Düsseldorf, 28. August. (Eig. Drahtmeldung)

Im Düsseldorf tagte auf Einladung eines prosozialistischen Ausschusses zum Kampf gegen die Rüstungspolitik und für den Vollsentscheid gegen Kreuzerbau die erste Sitzung. Die Konferenz war stark besucht. Es waren folgende Organisationen vertreten: Proletarische Freidenker, Internationales Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Zentralverband der Zimmerer, Friedenserjugend, Kommunistische Jugend, Städtische und Gemeindearbeiterverbände, Nemheld, Vorbereitungskomitee der Gewerkschaften, Vertreter der Freien Schulgemeinschaft, Ortsausschuß des ADGB-Hilfen, die Organisation der Arbeitslosenverbände, die Südlichen Werke Nemheld, Mitglieder des Betriebsrates der Phoenixwerke und der Glashütten Berresheim, mehrere Arbeitskollektive und Sports- und Kulturorganisationen, Vertreter des ADGB, der AG des ADGB und der Internationalen Arbeiterhilfe. Die Konferenz bildete einen 15köpfigen Kampfausschuß, an deren Spitze als Vorsitzender einstimmig der Mann des Arbeiterrates der Vereinigten Stahlwerke Wöhrl gewählt wurde. In Kürze soll noch eine breitere Konferenz stattfinden.